

Dokumentation

# Ansprache des DFG-Präsidenten Professor Dr. Peter Strohschneider

auf der Festveranstaltung im Rahmen der Jahresversammlung 2013  
am 3. Juli 2013 im Audimax der Technischen Universität Berlin



1.

Sie haben das direkt vor Augen: Ein bebrillter Mann mit seriös weißem Haar und Kittel referiert in antiseptischer Laborumgebung mittels Molekülmodell oder Powerpoint-Präsentation wissenschaftliche Studien. Es geht um Dieselloftstoff, Hundefutter, Ginseng-Wurzeln oder Parodontose-Prophylaxe durch Zahnpasta. Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker! Das sehen wir täglich. Werbung für Zahnpasta gibt es länger, als es überhaupt Werbefernsehen gibt. Doch ihre Ikonografie hat sich verschoben. Heute sind es nicht mehr vorbildliche Konsumenten, es sind die Forscher, die Glaubwürdigkeit und Produktwirkung verheißen. Selbst das Konsumversprechen wird als wissenschaftliches Wissen inszeniert.

Über die Fortschritte zum Beispiel von Energieforschung oder Zahnmedizin sagt dieser Wandel der Konsumgüterwerbung wenig aus. Aber er indiziert Veränderungen im Verhältnis von Gesellschaft und Wissenschaft. Er ist ein höchst beiläufiges – und eben darin sprechendes – Beispiel dafür, in welchem Ausmaß Wissenschaft zur Quelle von Überzeugungskraft und Geltung geworden ist.

Sie scheint eine Art von Allgegenwärtigkeit und Generalzuständigkeit gewonnen zu haben – im öffentlichen wie im privaten Leben. Wir mögen wenigstens in einigen Residualbezirken von ihr absehen wollen – sagen wir: beim Essen, bei den eigenen Intimbeziehungen oder dem Kunsterlebnis – und kommen doch nicht umhin zu wissen, dass die Wissenschaft auch dort noch Kom-

petenz beansprucht: als Lebensmittelchemie, als Molekularbiologie der Fortpflanzung, als ästhetische Theorie.

Und nicht anders ist es im öffentlichen Leben. Das Funktionieren von Staat und Politik ist wie niemals zuvor von wissenschaftlichen Kenntnissen abhängig. Kein Gesetzgebungsverfahren ohne Expertengutachten; kein Wirtschaftsprogramm, keine Schulreform, kein Flughafen, ohne dass die Wissenschaften zu Rate gezogen würden. Ohne ihr Wissen, ohne ihre Einsichten, Erfindungen und Prognosen, ohne ihre Erforschung der natürlichen wie der soziokulturellen Welt, ohne ihre Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsleistungen ist unsere Gesellschaft mit all ihren Institutionen überhaupt nicht vorstellbar. Und darin drückt sich eine zivilisatorische Entwicklung aus. Nicht einmal und erst recht nicht uns selbst könnten – geschweige denn: wollten – wir ohne diese zivilisatorische Entwicklung denken.

Die Wissenschaften – die übrigens, so unterschiedlich und spezialisiert sie auch sein mögen, im Auge der Gesellschaft stets eine Einheit bilden –, sind eine privilegierte Form des Weltzugangs in unserer Gesellschaft. Diese Gesellschaft ist nicht nur, wie jede Gesellschaft seit der neolithischen Revolution, auf Wissen überhaupt angewiesen, also auf das Wissen des Alltags oder der Arbeitspraxis, der kollektiven Orientierungskomplexe und Erinnerungsbestände oder der Kunst. Unsere Gesellschaft ist nicht einfach eine Wissensgesellschaft, sondern vielmehr eine Wissenschaftsgesellschaft. Sie ist tief greifend geprägt durch die Institutionen, die Sozialisationsleistungen und die Forschungsergebnisse von Wissenschaft, also auch durch jenes speziell wissenschaftliche Wissen, das sich methodischer, rationaler und intersubjektiv kommunizierbarer Wahrheitssuche verdankt und das zugleich unter einem Ungewissheitsvorbehalt steht: Wir

---

*Dies ist die Manuskriptfassung der Ansprache des DFG-Präsidenten auf der Festveranstaltung im Rahmen der Jahresversammlung am 3. Juli 2013 in Berlin. Verbindlich ist das gesprochene Wort.*

müssen prinzipiell damit rechnen, dass andere es jetzt schon oder wir selbst es künftig wissenschaftlich besser wissen könnten.

Weil wissenschaftliches Wissen einerseits unter diesen besonders strengen Bedingungen steht, andererseits aber so umfassende Bedeutung für das individuelle wie kollektive Leben gewonnen hat, deswegen muss in modernen Wissenschaftsgesellschaften das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft immer wieder neu ausgehandelt werden. Dieses Verhältnis ist extrem vielschichtig und es ist mit der enormen ökonomischen Bedeutung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts noch keineswegs zureichend beschrieben.

Auch außerhalb der Wirtschaft ist das herausragende Gewicht von Wissenschaft offenkundig, zugleich „veralltäglich“ sie aber auch; Fernsehwerbung ist nur eines von ungezählten Beispielen. Wissenschaft wird politisch ernst genommen, nicht zuletzt bei der Budgetaufstellung, wofür wir sehr dankbar sind. Gleichzeitig ist, wie es der Theologe Friedrich Wilhelm Graf formuliert hat, ein Trend zur „Verbühnung der Wissenschaft“ unübersehbar: Kaum eine Talkshow kommt ohne wissenschaftlichen Experten aus, aber auch nur noch ganz selten eine wissenschaftliche Tagung ohne Podiumsdiskussion, bei der dann jemand aus dem Mediensystem die Moderation übernimmt. Es gibt die Dynamik der fortschreitenden Verwissenschaftlichung von Gesellschaft und gegenläufig dazu viele Symptome einer, um mit Peter Weingart zu sprechen, „Vergesellschaftung von Wissenschaft“.

Auch dieser Trend zur Vergesellschaftung von Wissenschaft wirft Fragen auf: Wie lässt sich für den Eigensinn wissenschaftlicher Prozesse gesellschaftliche Plausibilität und Akzeptanz schaf-

fen? Was ist konkret daraus zu folgern, dass es ja durchaus Spannungen geben kann zwischen der Freiheit und Autonomie von Wissenschaft einerseits und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und herausragenden Bedeutung für die ökonomische Wertschöpfung andererseits? Wie reagiert Wissenschaft, wenn ihre gesellschaftliche Verantwortung als individuelle Haftung verstanden wird, wenn also zum Beispiel, wie im vergangenen Herbst in L'Aquila, die Seismografen für das Erdbeben bezahlen sollen? Oder umgekehrt: Wie reagieren Gesellschaft und Politik unter dem Eindruck, ihr Vertrauen in Wissenschaft werde womöglich missbraucht? Ich denke

## Das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft muss immer wieder neu ausgehandelt werden

nicht allein an die Herausforderungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, sondern auch an Pseudo-Wissenschaft, an die Aufgabe der Qualitätssicherung bei Promotionen oder an den Bruch der Regeln guter wissenschaftlicher Praxis.

2.

Man sieht: In den hier mit wenigen Stichworten lediglich angedeuteten Horizont der Frage, wie die moderne Wissenschaft und die Wissenschaftsgesellschaft voneinander abgegrenzt und aufeinander bezogen seien, gehören sehr grundsätzliche Themen ebenso wie höchst konkrete und aktuelle. Und gleichfalls in diesen Horizont gehören die nicht ganz wenigen Überlegungen

samt den noch sehr viel zahlreicheren öffentlichen Äußerungen dazu, wie die Zukunft des deutschen Wissenschaftssystems – nicht zuletzt in seinen internationalen Verflechtungen – denn klug zu gestalten sei.

Geführt wird diese Debatte oft entlang der Frage, wie die in den nächsten Jahren schrittweise zu Ende gehenden Instrumente der kooperativ-föderalen Wissenschaftsfinanzierung fortgesetzt werden sollten – also der Pakt für Forschung und Innovation, die Exzellenzinitiative und der Hochschulpakt. Tatsächlich steht aber weit mehr zur Diskussion. Es geht nämlich zugleich um Aufgabenteilungen und Funktionsverschiebungen, um die Leistungskraft von Wissenschaft und um die gesellschaftlichen Erwartungen an sie.

Die Wichtigkeit und Grundsätzlichkeit dieser öffentlichen Debatte zeichnet sich nicht zuletzt darin ab, dass selbst lang gehegte Selbstverständlichkeiten neu ausgehandelt werden: Dazu gehört

## Erkenntnisgeleitete Grundlagenforschung ist frei von *direkten* gesellschaftlichen Zwecken

einerseits unter anderem die organisatorische Trennung von Forschung und Forschungsförderung; erst sie ermöglicht übrigens einen nach Qualität, finanziellem Volumen und integrierender Funktion so wichtigen Wettbewerbsrahmen für die Forschung, wie er Aufgabe und Leistung der Deutschen Forschungsgemeinschaft ist.

Immer wieder neu auszuhandeln ist andererseits auch die Unterscheidung und ein ausgewogenes Verhältnis von erkenntnisgeleiteter

und programmorientierter Forschung. Sie sind beide gleichermaßen wichtig für die Leistungskraft des deutschen Forschungssystems, und es gibt zwischen ihnen sowie der anwendungsbezogenen Forschung und Entwicklung vielfältige gegenseitige Abhängigkeiten, Einflüsse und Rückkoppelungen.

Gleichwohl hält die DFG es für entscheidend, beides, Erkenntnisleitung und Programmorientierung der Forschung, auseinanderzuhalten und innerhalb des Systems öffentlich finanzierter Wissenschaft auch ausgewogen arbeitsteilig zu organisieren.

Erkenntnisgeleitete Forschung – ihr Name sagt es – folgt den Eigendynamiken wissenschaftlicher Erkenntnis, die stets ein Prozess ist und grundsätzlich unabgeschlossen bleibt. Diese Dynamiken können selbstverständlich, und sie tun es vielfach, zu praktischen Anwendungen oder doch in deren Nähe führen. Aber sie müssen es nicht; und dann ist von Grundlagenforschung die Rede. Deren Zwecke sind zunächst solche der Wissenschaft, nicht solche der Gesellschaft, die sich daher zuweilen fragen mag, was die Grundlagenforschung eigentlich soll.

Die Antwort auf diese Frage ist indes eindeutig: Zu Recht erwartet ja die Gesellschaft von Wissenschaft neue Antworten auf gesellschaftliche Fragen und Probleme. Neu sind solche Antworten allerdings allein dann, wenn sie von der Gesellschaft nicht je schon vorhergesehen werden können. Um solche Antworten produzieren zu können, muss Wissenschaft daher notwendig immer auch mehr und anderes leisten, als die Gesellschaft von ihr erwartet.

Erkenntnisgeleitete Grundlagenforschung in diesem Sinne ist durch eine Freiheit von *direkten* gesellschaftlichen Zwecken gekennzeichnet.

Es ist dies aber – wie man mit dem Soziologen Hans-Georg Soeffner sagen könnte – eine Freiheit von solchen direkten Zwecken, die doch zugleich für Gesellschaft und Wirtschaft indirekt in hohem Maße funktional ist.

Indem sie den Eigendynamiken des Erkenntnisprozesses folgt, konstituiert die erkenntnisgeleitete Forschung auch ihre eigenen Relevanzen: wissenschaftliche Relevanzen. Diese können sich mit gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder politischen Relevanzen decken, wie sie in gezielten Förderprogrammen Ausdruck finden, zum Beispiel zur Gesundheits- oder Energieforschung oder zur Etablierung islamischer Theologie an staatlichen Universitäten. Und sie decken sich oft mit ihnen. Aber wiederum: Sie müssen es nicht.

Es ist dieser Bereich der wissenschaftlichen Relevanzen, der Eigendynamik von Forschungsprozessen, der erkenntnisgeleiteten Themenfindung, der Grundlagenforschung, den die DFG zu fördern sich bemüht, insofern er von herausragender Qualität ist. Im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit des Wissenschaftssystems für Wirtschaft und Gesellschaft, für Politik und individuelle Lebensführung ist dieser Bereich nicht wichtiger als die programmorientierte oder anwendungsbezogene Forschung. Er ist aber auch keineswegs unwichtiger.

Es wäre unklug, das eine gegen das andere auszuspielen. Es wäre ebenso unklug, die Wissenschaft und ihre Finanzierungsstrukturen in einer Weise zu organisieren, die die Leistungskraft und Leistungshöhe, die Komplementarität und die ausgewogenen Funktionsbeziehungen dieser beiden Bereiche – der erkenntnisgeleiteten Grundlagenforschung und der programmorientierten beziehungsweise anwendungsbezogenen Forschung – gefährden könnte.

Moderne Wissenschaft ist ein hoch differenziertes, sehr komplexes und dezentrales Gebilde, das allein um den Preis seiner Operationstüchtigkeit einem einzigen Ordnungs- und Funktionsprinzip unterworfen werden könnte.

3.

Diese Einsichten und Überzeugungen liegen auch einem Positionspapier des Vorstands und Präsidiums der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Zukunft des Wissenschaftssystems in Deutschland zugrunde, das auf dieser Jahresversammlung im Hauptausschuss und in der Mitgliederversammlung diskutiert wurde und das wir nun auch veröffentlichen werden. Dieses Papier beschreibt Position und Funktion der DFG im deutschen Wissenschaftssystem eben vor dem Hintergrund der Unterscheidung verschiedener Forschungstypen und der Arbeitsteilung zwischen den Wissenschaftsorganisationen.

Wir plädieren in diesem Papier für ein ausgewogenes Verhältnis von erkenntnisgeleiteter und programmorientierter Forschung. Wir votieren für eine Hochschulfinanzierung, die das Verhältnis von Grundmitteln und Drittmittelförderung neu ausbalanciert. Wir begründen auch, warum die DFG zur Förderung erkenntnisgeleiteter und Grundlagenforschung – und zwar durchaus unter Einschluss der Förderfunktionen und Fördermittel der ersten und zweiten Förderlinie der Exzellenzinitiative – ein breites Programmportfolio braucht. Es muss vom kleinen Einzelprojekt bis zum großformatigen, langfristig angelegten Verbundprojekt reichen und es muss so angelegt sein, dass nicht die Forschungsprojekte den jeweiligen Förderformaten, sondern umgekehrt stets diese den wissenschaftlichen Erkenntnisinteressen folgen.

Die Diskussion ist noch lange nicht zu Ende; eigentlich beginnt sie gerade erst. Wissenschaft und Forschung unterliegen einer enormen Veränderungsdynamik; Organisationsgefüge, Finanzierungsstrukturen und Wissenschaftspolitik gehorchen zugleich auch ihren eigenen Imperativen – vom Wissenschaftsföderalismus bis zu politischen Interessengegensätzen unterschiedlichster Art. In diesem Rahmen stellen sich die Vorschläge des DFG-Positionspapiers der kritischen Diskussion und sie werden gewiss weiterentwickelt werden müssen.

Was dabei nicht zur Disposition steht, ist das Prinzip unseres Handelns: Die DFG trifft Förderentscheidungen nach der Maßgabe von Kriterien wissenschaftlicher Qualität!

Die Bedeutung dieses Grundsatzes tritt vor Augen, sobald man sich mögliche Alternativen vergegenwärtigt. Man könnte ja zum Beispiel regionale oder fachliche Proporz in der Verteilung der Fördermittel berücksichtigen, man könnte sich auf bestimmte Forschungsformen etwa empirischer oder experimentell-wissenschaftlicher Art beschränken oder gesellschaftliche Relevanzen und ökonomische Verwertbarkeiten als Entscheidungskriterien berücksichtigen.

Das tut die DFG nicht. Ihr primäres Entscheidungskriterium ist die wissenschaftliche Qualität der Projektanträge. Und schon dies führt zur Konzentration auf die Förderung der erkenntnisgeleiteten Grundlagenforschung. Allein hier werden ja die Kriterien wissenschaftlicher Güte gerade nicht dominiert von anderen Ordnungen der gesellschaftlichen Bedeutsamkeit, des schnellen ökonomischen Nutzens oder sonstiger außerwissenschaftlicher Norm- und Wertsetzungen.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft versteht sich also als eine Qualitätsunternehmung – und dies übrigens nicht allein wegen der Qualität der von ihr geförderten Forschung, sondern in gleichem Maße wegen der besonderen Ansprüche, die die DFG an die Güte ihrer eigenen Begutachtungs- und Entscheidungsverfahren richtet.

Der Grundsatz ist eigentlich ganz einfach: Nirgendwo sonst dürfen Fördermittel – um es einmal so zu sagen – „teurer“ sein als bei der DFG, nirgendwo sonst die Sorgfalt und Fairness der Begutachtung, der Qualitätsanspruch und die Überzeugungskraft der Förderentscheidungen höher. Und aufs Ganze gesehen ist das ja auch nach wie vor so. Selbst in der Rolle des Präsidenten wird man vielleicht sagen dürfen, dass das Förderhandeln der DFG – zusammen mit dem ganz weniger anderer Förderagenturen – weltweit die Maßstäbe setzt.

Dies kann freilich allein dann so bleiben, wenn auch in Zukunft die besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Urteilsfähigkeit in die Begutachtungs- und Entscheidungsprozesse der DFG einbringen. Diese Urteilsfähigkeit ist allerdings ein knappes Gut, und deswegen muss es Sorgen bereiten, wenn das Wissenschaftssystem mit diesem Gut – nicht bloß nach meinem Eindruck – öfters allzu verschwenderisch umgeht.

Das wissenschaftliche Urteil darf auch nicht erodieren in einer Inflation der Bestnoten, die im ganzen Bildungs- und Wissenschaftssystem um sich greift: Von den Schul- über die Studiennoten bis zum Doktorexamen und in den Bereich wissenschaftlicher Antragsbegutachtung hinein gibt es Indizien einer solchen Inflation. Sie droht Qualitätsunterschiede zu nivellieren und sie würde letztlich doch in der Paradoxie kollabieren, dass alles (und nur das) „exzellent“ ist,

wofür es Drittmittel gibt. Dann würden wir endgültig wissenschaftliche Qualität mit finanziellen Quantitäten verwechselt haben.

Damit es dahin nicht kommt, damit um der Innovationskraft der Forschung willen Güte und Größe unterscheidbar bleiben, benötigen wir im Wissenschaftssystem überhaupt und zumal auch in den Begutachtungs- und Entscheidungsprozessen der DFG jene Zeit und Konzentration, nach der Sorgfalt, wissenschaftliches Argumentieren und abgewogene Urteilsbildung nun einmal verlangen. Diese konzentrierte Zeit haben wir, die Gutachterinnen und Gutachter, die Gremienmitglieder und die, die in der Geschäftsstelle der DFG arbeiten, allerdings nur dann, wenn Zahl und Umfang der Anträge nicht immer weiter – und weit über die Budgetsteigerungen hinaus – wachsen. Dass sie eine Qualitätsunternehmung sei, dies setzt voraus, dass auch Antragstellende und Mitglieder der DFG von deren Förderinstrumenten verantwortlichen Gebrauch machen.

Lassen Sie mich deshalb ausdrücklich hinzufügen: Forschungsanträge selbst sind keine Forschungsleistung; Anträge sind kein Selbstzweck, sondern ein Mittel. Und der Antragsdruck, als den die Forschenden die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen an die DFG weitergeben, hat längst einen Schwellenwert erreicht, jenseits dessen das Risiko von Fehlfunktionen erheblich ansteigt.

Der Ordnungsrahmen des Drittmittelwettbewerbs darf also nicht überdehnt werden – und die Wissenschaftspolitik darf eine solche Überdehnung auch nicht in Kauf nehmen –, wenn denn die DFG auch in Zukunft soll sein können, was sie ihrer Leitidee, Verfassung und Funktion im deutschen Wissenschaftssystem zufolge sein muss: nämlich nicht eine Finanzierungszentrale für überhaupt jede Art von Forschung, die

vor allem die Finanzdefizite der Universitäten in Deutschland zu kompensieren hätte. Die notwendige Standardforschung muss über Grundfinanzierungen gesichert werden.

Die DFG hingegen ist jene Förderorganisation, die beste erkenntnisgeleitete Forschung nach

## Die DFG entfaltet eine starke integrative Kraft für das Wissenschaftssystem insgesamt

Maßgabe wissenschaftlicher Urteilsbildung mit zusätzlichen öffentlichen Mitteln ausstattet. Diese Mittel sowie die mit ihnen verbundenen Förderformate und Förderbedingungen müssen den Erkenntnisvorhaben der Wissenschaft folgen – und nicht umgekehrt!

In dem Maße, in dem dies der Fall ist, wird die Forschung auch in einem ausgewogenen Kosten-Leistungs-Verhältnis stehen. Dann wird sich das Gerangel um die Anteile von Einzelförderung und Koordinierten Programmen erübrigen. Und dann – das Förderportfolio stetig prüfend und bedachtsam weiterentwickelnd – wird die DFG ihre Sachwahrung zumal für die Hochschulen und ihre Aufgabe für das ganze Wissenschaftssystem am besten erfüllen können: die Förderung bester erkenntnisgeleiteter Forschung in einem emphatischen Sinne.

Indem sie diese in hoch kompetitiven und qualitativ besonders anspruchsvollen Verfahren fördert, entfaltet die DFG zugleich eine starke integrative Kraft für das Wissenschaftssystem insgesamt: Als – wie es in ihrer Satzung heißt – Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft „in allen ihren Zweigen“.



**forschung**

Das Magazin der Deutschen Forschungsgemeinschaft

3/2013

**DFG**